

Rede von Bürgermeister Peter Vennemeyer zur Einbringung des Etatentwurfs 2020 in der Sitzung des Rates der Stadt Greven am 30. Oktober 2019

Es gilt das gesprochene Wort.

„Das ist heute meine letzte Etatrede als Bürgermeister der Stadt Greven.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Gäste der heutigen Ratssitzung und Vertreter der Medien,

das ist heute meine letzte Etatrede als Bürgermeister der Stadt Greven, es müsste die dreizehnte sein. Nun zuckt ein mancher bei der Zahl „13“ zusammen und verbindet sie mit Unglück. Aber mit derlei Aberglaube wollen wir uns heute nicht befassen.

Anders als in den letzten Jahren habe ich mir bei meiner letzten Etatrede erlaubt, auf ein besonderes Motto zu verzichten. Ich werde auch darauf verzichten, Ihre Geduld allzu sehr zu strapazieren, weil wir ja aus Erfahrung wissen, dass der Kämmerer auch noch eine ganze Menge Details zum neuen Haushalt präsentieren möchte. Lassen Sie uns also direkt ans Eingemachte gehen.

Verletzung des Konnexitätsprinzips

Sie sind es von mir gewohnt, dass ich mir in meiner Etatrede ein oder zwei Themen herauspicke, bei denen ich meinem Ärger über das nicht funktionierende Konnexitätsprinzip Luft mache. Das tue ich auch heute. Den Zuhörerinnen und Zuhörern, die mit dem Begriff Konnexitätsprinzip nichts anfangen können, möchte ich es noch einmal kurz erklären. Unsere Landesverfassung in NRW besagt, dass derjenige, der eine Runde bestellt, auch die Zeche zahlt. Das ist ja auch gut und gerecht so. Oder sagen wir: Es wäre gut und gerecht, wenn es denn immer so funktionieren würde, wie es in der Landesverfassung steht. Tut es aber nicht. Leider. Ärgerlich. Nehmen wir uns beispielsweise als erstes Thema die Neufassung

des sogenannten Kibiz vor. Kibiz ist die Abkürzung für das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern oder kurz: Kinderbildungsgesetz. Im Grunde genommen ist die Idee hinter der Novelle des Kibiz eine gute. Die Landesregierung möchte die Finanzausstattung der Kitas in unserem Land stärken und zugleich die Eltern bei ihren Beitragszahlungen entlasten. Entlastet werden die Eltern dadurch, dass die ersten beiden Beitragsjahre frei sind. Das klingt doch erst mal richtig gut. Und die Finanzausstattung der Kitas soll verbessert werden, indem die sogenannten Kindpauschalen erhöht werden. Die Kitas sollen das Geld bekommen, das sie benötigen, um ihre Einrichtungen wirtschaftlich betreiben zu können. Das ist auch vernünftig. Wo also liegt das Problem? Hier kommt nun das Konnexitätsprinzip ins Spiel. Wir erinnern uns: Wer Wahlversprechen gibt und diese einlösen will, der muss dann auch die Zeche dafür zahlen. Ich habe mir von unseren Experten in der Verwaltung ausrechnen lassen, ob die Rechnung aufgeht. Damit wir nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, haben wir die Daten des Kindergartenjahres 2019/2020 zugrunde gelegt und auf dieser Basis mal gegenübergestellt, was das die Stadt Greven nach dem alten Kibiz kostet und was es nach dem neuen Kibiz kosten würde. Auf der Ertragsseite würden wir nach dem neuen Kibiz unter dem Strich etwa 1,1 Millionen EUR mehr vom Land NRW erhalten. Das hört sich ja erst mal anständig an. Schauen wir aber auf die Aufwandsseite, stellen wir fest, dass uns als Stadt Greven die gleichen Leistungen nach dem neuen Kibiz 3,3 Millionen EUR mehr kosten würden. Man muss nun kein besonderes Mathe-Genie sein, um festzustellen, dass 3,3 Millionen EUR Mehraufwand abzüglich 1,1 Millionen EUR Mehrertrag unter dem Strich dazu führen, dass

die Stadt Greven nach dem neuen Kibiz 2,2 Millionen EUR mehr zahlen müsste. Wohl gemerkt: Ich spreche nicht darüber, was das neue Kibiz insgesamt mehr kostet. Ich spreche nur darüber, was es die Steuerzahler in Greven kostet. Ich muss Ihnen beim besten Willen nicht erklären, dass uns 2,2 Millionen EUR weniger Geld in der Kasse echt wehtun. Die Stadt Greven bezahlt also die Einlösung eines Wahlversprechens der Landesregierung zu zwei Dritteln aus eigenen Mitteln. So ist das mit dem Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung sicher nicht gemeint. Nun könnte man sagen: Wenn es doch den Eltern und Kitas zugutekommt, ist das sinnvoll eingesetztes Geld. Da gebe ich Ihnen Recht. Aber wenn wir das zu zwei Dritteln aus unserem Haushalt finanzieren, fehlt dieses Geld den Einwohnerinnen und Einwohnern unserer Stadt 1:1 an anderer Stelle. Und darin liegt die Ungerechtigkeit. Wenn das Land derartige Versprechungen macht und einhalten will, dann soll es gefälligst im eigenen Haushalt an anderer Stelle nach Einsparpotenzial suchen und nicht die Haushalte der ohnehin klammen Kommunen damit belasten.

Ich habe ein weiteres Beispiel für Sie: Nehmen wir die Kosten für Menschen, die anerkanntermaßen keinen Anspruch auf Asyl in unserem Staat haben, die wir aus unterschiedlichsten Gründen aber trotzdem nicht in ihre Herkunftsländer zurückschicken. Wir dürften uns einig sein, dass die Kommunen mit der Integration dieser Menschen und der anerkannten Asylbewerberinnen und -bewerber ohnehin eine Herkulesaufgabe zu stemmen haben, die herausfordernd genug ist. Dass wir aber auch noch auf den Kosten für Unterbringung und die Schaffung der existentiellen Bedürfnisse sitzen bleiben, ist in meinen Augen eine Unverschämtheit. Denn die Finanzierung dieses Personenkreises ist eindeutig Sache des Staates und ganz sicher keine der Kommunen. Würden wir die uns zustehenden Mittel erhalten, wie man sie auch anderen Menschen gewährt, die einen Asylantrag gestellt haben, dann stünden uns dafür jährlich 830.000 EUR zur Verfügung. Auf diesen Kosten bleiben wir nun weitgehend selbst sitzen.

Nimmt man nur diese beiden Aufgaben, die mal vom Land, mal vom Bund zu zahlen wären, aber uns vollständig oder zu erheblichen Teilen aufgebürdet werden, dann fehlen uns ohne fremdes Zutun mehr als 3 Millionen EUR jährlich im städtischen Haushalt. Geld, das wir an anderer Stelle für unsere originären kommunalen Aufgaben nicht zur Verfügung haben.

Unzufrieden bin ich auch mit der Entwicklung der Kreisumlage. Angekündigt und eingeplant hatten wir eine Erhöhung um 700.000 EUR. Nun will der Landrat 1 Million EUR. Mittlerweile überweisen wir fast 16 Millionen EUR jährlich nach Steinfurt. Ich hoffe, dass hier die Kreispolitik zu Gunsten der Kommunen noch eingreifen wird.

Denn die konjunkturelle Eintrübung, die wir gerade erleben, hat unmittelbare Auswirkungen auf unseren Etat für das kommende Jahr. Wie man sich vorstellen kann, sind es keine positiven.

Ich möchte der Etatrede des Kämmerers an dieser Stelle nicht vorgreifen. Aber Sie werden gleich sehen, dass wir dieses Geld sehr gut gebrauchen könnten. Den durchaus beachtlichen Überschuss von 3,3 Millionen EUR, den wir noch im letzten Jahr für den Haushalt 2020 prognostiziert hatten, können wir beim weitem nicht erreichen. Der Kämmerer wird Ihnen gleich im Detail vorstellen, wo genau unsere Verschlechterungen liegen. Ganz wesentlich hängen sie von Faktoren ab, auf die wir selbst keinen Einfluss haben, sondern fremdbestimmt sind.

Ein Blick zurück

Wenn ich schon beim Thema Haushalt bin und da dies meine letzte Etatrede ist, erlauben Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Blick zurück. Mit vielen von Ihnen werde ich im Herbst nächsten Jahres volle zwei Wahlperioden gemeinsam gestaltet haben. Es ist noch zu früh für eine endgültige Bilanz, weil wir auch im kommenden Jahr noch viele wichtige Weichen stellen werden. Und trotzdem muss es gestattet sein, die Jahre seit meinem Amtsantritt 2007 Revue passieren zu lassen. 2007 standen wir finanziell vor einem Scherbenhaufen. Wir haben Phasen des

Nothaushalts hinter uns, als wir in Greven buchstäblich für jeden gekauften Kugelschreiber oder jeden PC die Zustimmung der Aufsichtsbehörde benötigten. An freiwillige Aufgaben und Gestaltung war damals nicht zu denken. Sie alle waren wie die Verwaltung mehr oder minder zur Tatenlosigkeit verdammt, Verwalter des Notstands. Wir hätten den Kopf in den Sand stecken und unser Leid beklagen können. Das taten wir aber nicht. Wir alle waren gemeinsam fest entschlossen, Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Das war ein echter Kampf. Ein harter, ein unbequemer Weg, der wehtat. Es ist uns relativ schnell gelungen, mit dem Haushaltssicherungskonzept zumindest einen minimalen Gestaltungsrahmen zurückzuerkämpfen. Wir haben im Jahr 2008 mit den Maßnahmen zur Produktkritik begonnen. Alles, wirklich alles, was wir in Greven gemacht haben, wurde auf den Prüfstand gestellt. Damals sprachen wir von einer Giftliste und vom Investitionsfasten, die Erfahrungen unter Ihnen erinnern sich. Das, was schmerzhaft war, hat sich als Garant für den heutigen Erfolg erwiesen. Wir werden in diesem Jahr erstmals keinen eigenständigen Bericht zur Produktkritik mehr vorlegen, weil wir hunderte von Maßnahmen auf ihre Realisierbarkeit geprüft und umgesetzt haben. Trotzdem werden wir diese Arbeit, die allen Führungskräften im Laufe der Jahre in Fleisch und Blut übergegangen ist, weiter fortsetzen. Sie ist inzwischen integraler Bestandteil der Haushaltsaufstellung. Sie finden die Eckpunkte der Haushaltskonsolidierung künftig im Vorbericht des Haushalts.

Konsolidierungsbudget der Produktkritik Ende 2020 bei voraussichtlich 75 Mio. EUR

Meine Damen und Herren, wir dürfen mit Stolz von uns sagen, dass wir seit Beginn der Haushaltskonsolidierung und Produktkritik ein Konsolidierungsbudget von sage und schreibe 75 Millionen EUR durch gezielte Maßnahmen der Aufwandsreduzierung und Ertragssteigerung bis Ende 2020 erwirtschaftet haben werden, in einem Zeitraum von nur 12 Jahren. Ich verwende hier das Wort „wir“ ganz bewusst. Ich hefte mir diesen Erfolg ebenso wenig an mein Revers wie

der Kämmerer oder sonst irgendeine Person. Dieser Kraftakt war nur möglich, weil Rat und Verwaltung diesen beschwerlichen Weg gemeinsam und mit großer Einigkeit gegangen sind. Es mag die eine oder andere Differenz zwischen uns geben, es mag so sein, dass wir nach außen nicht immer als ein homogener Freundeskreis in Erscheinung treten. Das ist auch gar nicht nötig. Aber es macht eben auch sehr deutlich, dass wir uns in entscheidenden Fragen für den Erhalt und die Gestaltung der Zukunftsfähigkeit dieser Stadt sehr einig waren und in schwierigen Zeiten besonders eng zusammengedrückt sind. Dafür möchte ich Ihnen, sehr geehrte Mitglieder des Rates dieser Stadt, herzlich danken.

Im Jahr 2014 ist uns dann – wenn auch aufgrund bilanzieller Effekte im Zuge der Neugründung der Technischen Betriebe Greven – ein großer Befreiungsschlag gelungen. Seit dem Jahr 2014 haben wir wieder deutlich mehr Gestaltungsfreiheit und im letzten Jahr ist es sogar gelungen, den ersten originär ausgeglichenen Haushalt seit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für die Stadt Greven vorzulegen. Wir haben diese Zeit genutzt, um viele, viele herausragende Projekte und Planungen voranzubringen. Die Zeit ist zu knapp, um im Detail darauf einzugehen. Aber lassen Sie mich exemplarisch für vieles die Themen Innenstadtentwicklung, Bewältigung der Flüchtlingskrise und urbanen Sturzflut, vorbildliche Konzepte wie das Integrationskonzept und die Teilpläne Mobilität und Wohnen, die Schulentwicklungs- und Kita-Planung, die Einführung von Dokumentenmanagement in der Verwaltung, die Professionalisierung unseres Personalmanagements, die anstehenden Dinge wie die vierte Reinigungsstufe an der Kläranlage und den Wertstoffhof nennen. Ich könnte diese Aufzählung noch erheblich ausweiten. Hinter jedem einzelnen der genannten Themen steckt ein irr-sinniger Arbeitsaufwand, stehen zahlreiche Ausschuss- und Fraktionssitzungen, in denen Sie sich mit den Themen befasst haben, steht eine in Greven vorbildlich funktionierende Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt.

Besser als wir selbst immer sagen

Wissen Sie, meine Damen und Herren. Hier in Greven neigt man nicht nur zu westfälischem Understatement, hier wird im Gegenteil vieles schlecht geredet. Da fallen wir unter den häufig kritischen Münsterländern noch besonders unangenehm auf. Ich komme in meiner Tätigkeit als Bürgermeister viel rum, unterhalte mich mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern anderer Städte und vielen Menschen, die nicht in Greven wohnen. Sie alle schauen nach Greven und stellen fest, dass wir sehr viele kluge Entscheidungen in den vergangenen Jahren getroffen und Themen angepackt haben, die andere noch gar nicht als solche erkannt haben. Die Welt weiß – so scheint es mir manchmal – offenbar erst seit Greta Thunberg, dass Klimaschutz eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit ist, wenn nicht gar die größte überhaupt. Wir in Greven befassen uns mit dem Thema schon seit vielen Jahren und haben unglaublich viel auf diesem Gebiet bewegt. Damals hat man uns dafür noch milde belächelt, heute bewundert man uns für unseren Weitblick. Jetzt schaut man anerkennend darauf, welche Klimaziele wir auf lokaler Ebene erreicht und dafür den European Energy Award in Gold erhalten haben. Es ist uns inzwischen gelungen, eine ganze Region bei diesem Thema mitzureißen.

Als andere noch die tatsächlich knüppelharte Arbeit zur Aufnahme von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016 beklagten, haben wir schon in einer einzigartigen Kooperation von Freiwilligen, hauptamtlichen Kräften, Kirchen, anderen Sozialträgern und Politik gemeinsam an einem heute viel beachteten Integrationskonzept gearbeitet, das nicht nur Theorie, sondern unser Handlungsrahmen für die Praxis ist. Wir haben einen Medienentwicklungsplan für die Schulen verabschiedet und setzen diesen kontinuierlich um, um den uns viele Schulleitungen in der Region beneiden.

Das alles war nur mit Ihrer politischen Unterstützung möglich. Aber es war vor allem nur möglich, weil wir in unserer Verwaltung eine unfassbar tolle Mannschaft haben, die in Krisenzeiten sehr eng zusammenrückt und die Ärmel

hochkrepelt und die in weniger krisenbetroffenen Zeiten ständig Vollgas gibt, um Dinge weiter nach vorne zu bringen. Wir haben das Glück, dass wir eine herausragende erste Leitungsebene haben. Dass wir solche top Leute nicht nur vereinzelt, sondern über alle Fachbereiche, den ZSD und die Technischen Betriebe hinweg haben, ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Hier in Greven vergleichen wir uns bei den Verwaltungsinnovationen wie selbstverständlich mit Großstädten, die zum Teil mit wissenschaftlichen Hochkarättern besetzt sind und die für Verhältnisse des öffentlichen Dienstes Spitzenverdiener sind. Wir hier in Greven müssen uns mit unseren Konzepten und Ideen nicht hinter diesen Großstädten verstecken, sondern ernten in der kommunalen Szene ein anerkennendes Raunen, wenn man hört, was wir hier auf die Beine stellen. Das ist absolut hervorragendes Niveau. Für eine Verwaltung unserer Größenordnung ist das nicht nur außergewöhnlich, es ist nach meiner persönlichen Erfahrung über alle Fachbereiche hinweg bei der Fülle von Themen, bei denen wir bärenstark aufgestellt sind, sogar einzigartig. Und so war es für mich im letzten Jahr überhaupt keine Überraschung, dass uns ein renommiertes Haus wie Rödl & Partner attestierte, in vielen untersuchten Bereichen der Querschnittseinheiten hier im Haus Benchmarks zu setzen, an denen sich andere künftig orientieren müssen, wenn es um die Bestmarken geht. Ich weiß das, meine Damen und Herren und ich glaube, viele von Ihnen wissen das auch. Es ist nur äußerst schade, dass wir in Greven so selten nach außen, sondern nur hinter vorgehaltener Hand sagen, dass wir wirklich ausgesprochen viel Positives und Innovatives geschafft haben und weiter schaffen.

„Wir haben eine tolle Stadt mit großartigem Potenzial“

Wir haben eine tolle Stadt mit großartigem Potenzial, wir haben sehr engagierte Lokalpolitikerinnen und -politiker, wir haben eine tolle Verwaltungsmannschaft und wir haben eine über die Maßen engagierte Zivilgesellschaft mit großartigem ehrenamtlichem Engagement. Wir

alle dürfen uns glücklich schätzen, Teil dieser Gemeinschaft zu sein.

Und mit diesem positiven Schlusswort möchte ich das Wort nun an unseren Kämmerer Matthias Bücken übergeben, der Sie in die Tiefen des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2020 einweihen wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.